

## Asylwerber möchten arbeiten

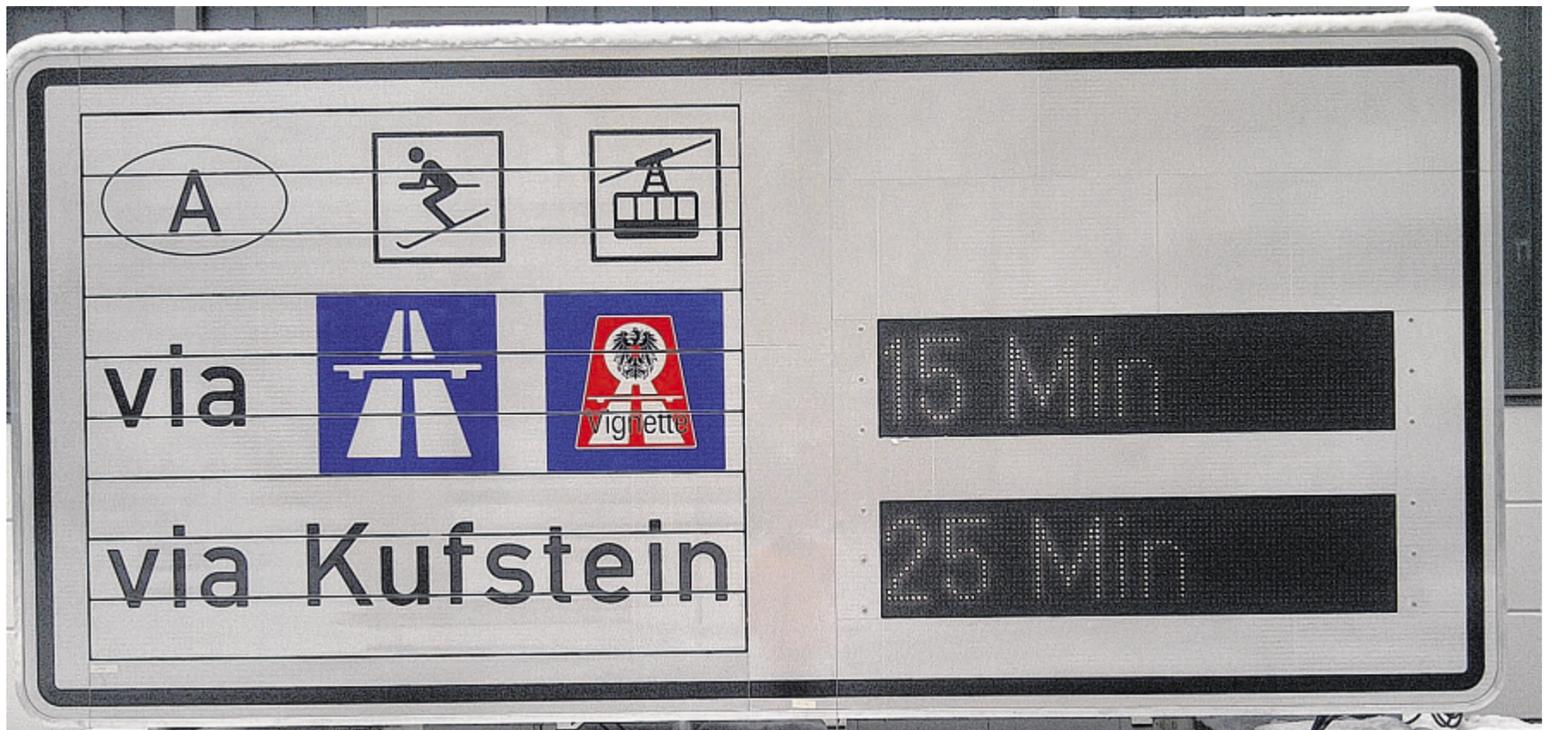
**Stift Göttweig** – Asylwerber sollen nach drei Monaten einen freien Zugang zu Arbeit erhalten. Das ist einer von zwölf Beschlüssen, die die Flüchtlingsreferenten der Länder in Stift Göttweig bei Krems verabschiedet haben. „Die Angst, dass Asylwerber jemandem einen Job wegnehmen könnten, ist unbegründet“, erklärt Tirols Flüchtlingslandesrätin Christine Baur (Grüne). Asylwerber bekämen erst dann einen Job, wenn kein Inländer zur Verfügung stehe. Derzeit können Asylwerber nur gemeinnützige Arbeit bei öffentlichen Gebietskörperschaften verrichten. Die Flüchtlingsreferenten wollen, dass diese Beschränkung fällt und das Einsatzgebiet der Asylwerber ausgedehnt wird.

Baur war am Donnerstag mit dem Innenministerium aneinandergeraten. Dieses hatte Tirol wieder einmal gerügt, seine Asylwerberquote nicht zu erfüllen. Baur hatte daraufhin angeregt, neue Wege in der Asylpolitik einzuschlagen. Die Quote ist auch in Stift Göttweig diskutiert worden. Diese diene dazu, die Erstaufnahmezentren zu entlasten, erklärt Baur. „Dieses Ziel ist erreicht. Die Erstaufnahmezentren sind nicht überfüllt.“ Allerdings würden sich die meisten Asylwerber in Wien aufhalten. „Das führt dazu, dass die Länder die Quote gar nicht erfüllen können.“ Tirol erfüllt seine Quote derzeit zu 88 Prozent. „Wir haben Plätze frei und könnten Flüchtlinge aufnehmen.“

Die Flüchtlingsreferenten setzen sich zudem dafür ein, dass in den Heimen österreichweit einheitliche Qualitätsstandards gelten sollten. Die Beschlüsse aus Stift Göttweig sollen dem Bund übermittelt werden. (ahev)



Asylwerber sind derzeit oft zum Nichtstun verurteilt. Foto: APA



Die Verkehrsinformationstafel steht zusammgebaut in Wörgl. Noch hat Bayern der Aufstellung nicht zugestimmt. Foto: Asfinag

# Verkehrsgipfel frustrierte alle

Ministerium bleibt bei Vignettenkontrolle hart. Vertreter aus Bayern verließen vorzeitig den Verkehrsgipfel in Kufstein. Die Stadt ruft zur Autobahnblockade am Sonntag.

Von Wolfgang Otter

**Kufstein** – Nach knapp zweieinhalb Stunden hatten die Bayern genug. „Wir sind sehr verärgert“, meinte der bayerische Staatssekretär Gerhard Eck, als er in der Landesmusikschule Kufstein vor eine Schar von Journalisten trat, die vor der Glastüre des Verhandlungssaals ungeduldig wartete. Eck war verärgert darüber, dass die Ministerin Doris Bures in Sachen Vignettenkontrolle hart bleibt und einen Vertreter zum Kufsteiner Verkehrsgipfel im Vorfeld der morgigen Demonstration entsandt hatte, der eigentlich gar keinen Handlungsspielraum hatte. Daher verließen die Bayern noch vor dem offiziellen Ende den Gipfel.

Aber nicht nur im Freistaat liegen die Nerven wegen der Vignettenkontrolle auf der Autobahn ab der Staatsgrenze blank. In den Ortschaften an der Grenze geht die Bevölkerung auf die Barrikaden, befürchtet man doch Staus und viel Verkehr durch Vignettenflüchtlinge. Herbert Kasser, Generalsekretär im zuständigen Bundesministerium, war jedoch nach Kufstein gekommen, „um nur über die Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen zu reden“, wie er betonte, denn „auch eine Ministerin und Ministerien können sich nicht über Gesetze hinwegsetzen“. Und die Vignettenpflicht sei Gesetz,



Auch das Gipfeltreffen brachte keine Lösung für die Stadt Kufstein. Foto: Otter

dies könne nur die Politik ändern. Da blieb trotz heftigster Diskussionen und einer Phalanx an Kontrollgegnern kein Spielraum, wie jeder, der gerne ein Aussetzen wollte, zur Kenntnis nehmen musste. Aber der Freistaat werde nicht tatenlos zusehen, wie die Grenzorte unter die Räder kommen. „Wir werden unsere Bürgerinnen und Bürger schützen“, fügte Eck an. Welche Maßnahmen dies sein werden, konnte er nicht präzisieren.

Kufsteins Bürgermeister Martin Krumtschnabel, der ohnedies keine sensationelle Kehrtwende erwartet haben dürfte, musste ebenfalls zur Kenntnis nehmen, dass auch angekündigte Blockaden in Wien nichts bewegen. Ein Hoffnungsschimmer für ihn:



„Die Gesetze gelten auch für Ministerin Doris Bures und das Ministerium.“

Herbert Kasser  
(Generalsekretär BMVIT) Foto: Otter

Nationalratsabgeordnete aller anwesenden Parteien hätten gestern ein Verkehrschaos aus. Zwei Personen erlitten leichte Schnittverletzungen. Die Unfallursache ist noch unklar, der Lkw hatte offenbar die Ladeklappe offen und touchierte in der Museumstraße Ecke Sillgasse die Tram. (TT)

Asfinag-Vorstand Klaus Schierhackl war ebenfalls enttäuscht – jedoch wegen

einer ganz anderen Sache. Er wollte über die vorgeschlagenen Gegenmaßnahmen, wie die Pfortnerampel, diskutieren. Und er hätte gerne aus Bayern erfahren, wie man sich die Abwicklung der deutschen Vignette vorstelle. Eventuell hätte sich da eine Zusammenarbeit ergeben.

Die Asfinag würde sich verhandlungsbereit zeigen, die Pfortnerampel und den weiters angedachten Umbau des Kreisverkehrs in Kufstein mitzufinanzieren, sagte Schierhackl. Beides sind von der Stadt abgelehnte Maßnahmen. Das weiters vorgeschlagene temporäre Lkw-Fahrverbot auf der Rampe Kufstein-Süd ist fix, für die Verkehrsinformationstafel, auf der die Durchfahrtszeiten durch Kufstein und im Ver-

gleich dazu auf der Autobahn angezeigt werden, fehlt noch immer die Genehmigung aus Bayern. Sie steht zusammengebaut im Bauhof der Autobahnmeisterei Wörgl. Ein anderes Schild hingegen steht nicht mehr: Auf diesem wurde an der bayerischen Autobahn bislang mitgeteilt, dass bis Kufstein-Süd nicht kontrolliert wird.

Für LHStv. Ingrid Felipe ist die Türe noch nicht zuge schlagen. Sie will sich weiter um Gespräche bemühen. Und, falls nötig und möglich, zu einer Notfallmaßnahme greifen. Unter gewissen Umständen, zum Beispiel bei Straßensperren durch Naturkatastrophen, kann die Maut aufgehoben werden, um den Verkehr abzuwickeln. Eine Option für sie wäre auch bei Staus. Zumindest lässt sie die Möglichkeit prüfen.

Harte Worte gab es für Bures nach dem Gipfel von FPÖ-NR Peter Wurm und vom FPÖ-Verkehrssprecher im Landtag, LA Edi Rieger. Sie bezeichneten Bures als „die verkehrstechnische Agentin des Chaos“ und sprachen sich gegen die Kontrolle der Vignettenpflicht in Kufstein und das Lkw-Fahrverbot Kufstein-Süd aus. Und Bundesrätin Nicole Schreyer (Grüne) ruft zur Demo am Sonntag ab 9 Uhr auf, „denn wer eine dauerhafte Blechlawine durch Kufstein verhindern will, muss nun ein Zeichen setzen“.

## Kurzmeldungen

### Demonstration und Burschenschaftler-Marsch

**Innsbruck** – Im Vorfeld des heutigen Treffens des Dachverbands „Deutscher Burschenschaftler“ in Innsbruck gab es heftige Debatten. Auf Drängen der Innsbrucker Stadtführung wurde der Vertrag mit den Burschenschaftlern in der Messehalle gelöst, die deutschnationalen und schlagenden Burschenschaftler weichen jetzt in ein Ersatzquartier aus.

Gegen die Versammlung ist ein Demonstrationszug durch Innsbruck ab 13 Uhr vom Landhausplatz zur Messehalle geplant, dazu werden 2000 Teilnehmer erwartet. Die Polizei wird mit rund 300 Beamten im Einsatz sein.

Marschieren werden aber auch die Burschenschaftler. Um 11 Uhr wollen die rund 150 rechten Studenten durch Innsbruck marschieren. (TT)



Bereits 2009 wurde gegen die Burschenschaftler demonstriert. Foto: Böhm

### Lkw gegen Tram – zwei Verletzte

**Innsbruck** – Die Kollision eines Lkw mit einer Straßenbahn in Innsbruck löste gestern ein Verkehrschaos aus. Zwei Personen erlitten leichte Schnittverletzungen. Die Unfallursache ist noch unklar, der Lkw hatte offenbar die Ladeklappe offen und touchierte in der Museumstraße Ecke Sillgasse die Tram. (TT)

### Straßensperre wegen Peilsender

**Innsbruck** – Ein verdächtiger, weil möglicherweise explosiver Gegenstand auf einem Auto versetzte am Freitagnachmittag die Innsbrucker Polizei in Alarmbereitschaft. Die Beamten sperrten mehrere Straßen in der Innenstadt. Bis klar war, dass es sich bei der „Bombe“ um einen Peilsender handelte. (TT)

### Sportgeschäft ausgeräumt

**Mayrhofen** – Nach einem Kitzbühler Sportgeschäft war in der Nacht zum Freitag ein Sporthändler in Mayrhofen an der Reihe. Die Täter zwängten die Glastür auf und bedienten sich in den Regalen und der Hauptkasse. Sie stahlen hochwertige Skijacken und Brillen. Die Polizei ersucht um Hinweise. (TT)